

Digitalisierung – Kluge Politik macht den Unterschied

Die Digitalisierung geht uns alle an. Sie durchdringt alle Lebensbereiche: Die Arbeitswelt, unsere Kommunikation, unsere Konsumgewohnheiten, die Schulen und Hochschulen. Sie beeinflusst unsere Fortbewegung, die demokratische Willensbildung und macht selbst vor dem Tod nicht halt, wie die immer wichtiger werdende Frage nach digitalen Vermächtnissen zeigt. Die Digitalisierung fordert unsere politischen, sozialen, kulturellen und rechtlichen Institutionen heraus: Was in einer rein analogen Welt noch gut funktioniert hat, braucht in der digitalen Welt möglicherweise ein Update. Denn längst ist nicht ausgemacht, ob uns die Digitalisierung mehr Freiheit und Selbstbestimmung bringt, unseren Wohlstand sichert und uns hilft, das Klima zu schützen und sorgsam mit unseren natürlichen Lebensgrundlagen umzugehen – oder ob sie das Gegenteil bewirkt.

Wir Grüne sind davon überzeugt, dass kluge Politik den Unterschied machen kann. Es gilt, den richtigen Rahmen zu setzen, damit die digitale Gesellschaft zu mehr Lebensqualität für alle führt. Die Digitalisierung ist ein entscheidender Faktor, wenn es um unseren Wohlstand und die Leistungsfähigkeit unserer Volkswirtschaft geht. Aber sie auf einen Standortfaktor zu reduzieren, wird der Tragweite der Entwicklung nicht gerecht. Für uns Grüne stehen der Mensch und unser demokratisches Gemeinwesen im Mittelpunkt. Deshalb sind Werte wie Selbstbestimmung, Freiheit und sozialer Zusammenhalt die Richtschnur unserer Politik. Und deshalb richten wir unsere Politik an Zielen wie dem Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen und der sozialen Teilhabe aller aus – gerade mit Blick auf die digitale Gesellschaft. Die Technologie und die Herausforderungen ändern sich, nicht aber die Werte und Ziele unserer Politik. Sehr wohl brauchen wir aber neue Antworten. Manche der Herausforderungen lassen sich nur im nationalen oder internationalen Kontext lösen, andere erfordern in der Landespolitik Gestaltungswillen und Kreativität. Für die Grünen Fraktionen in Baden-Württemberg und Bayern stehen dabei fünf Handlungsfelder besonders im Fokus: Der Bereich der Bildung, der Aufbau einer konkurrenzfähigen und gerechten Infrastruktur, die Organisation des Datenschutzes und der Informationssicherheit, digitale und bürger*innenfreundliche Verwaltung sowie die Informationstechnologie als Werkzeug für ökologische Nachhaltigkeit.

Alle sollen die Chancen der Digitalisierung nutzen können. Zugangshürden, egal welcher Art, müssen deshalb so niedrig wie möglich sein. Wir wollen die Teilhabe an der digitalen Gesellschaft auch denen ermöglichen, die weniger gute Voraussetzungen haben, wie Kindern aus bildungsfernen Häusern und Menschen mit Einschränkungen. Der Umgang mit digitalen Medien ist eine Kulturtechnik, die erlernt werden muss wie Lesen, Schreiben oder Rechnen. Lebenslange (Weiter-)Bildung von den Kitas über Schulen, Hochschulen bis zur betrieblichen und außerbetrieblichen Erwachsenenbildung ist der Schlüssel dafür. Damit Schulen unsere Kinder auch auf das Leben in einer digitalen Gesellschaft gut vorbereiten können, müssen drei Voraussetzungen erfüllt sein: Zeitgemäße Ausstattung und Infrastruktur, qualifiziertes Personal und angepasste Lehrpläne sowie entsprechende pädagogische Konzepte. Zur Ausstattung gehören leistungsfähige Datenleitungen und ein schnelles WLAN, Zugang zu Endgeräten und digitale Unterrichtsmaterialien. Das Lehrpersonal muss in der Lage sein, mit den neuen Medien umzugehen und entsprechende Lehrinhalte zu vermitteln. Die nötigen Voraussetzungen in der Aus- und Weiterbildung müssen dafür geschaffen werden. Und – besonders wichtig – es geht um die Lerninhalte. Kindern und Jugendlichen soll vermittelt werden, wie die digitale Welt funktioniert. Das schließt technische Kenntnisse über das Programmieren und die Funktionen von Algorithmen ebenso ein wie das Erlernen von Medienkompetenz, etwa die Fähigkeit Fakten von Fake News unterscheiden zu können, aber auch Fragen der Datensicherheit oder des Umgangs mit Cyber-Mobbing. Unser Ziel ist es, die großen Potenziale, die digitale Medien eröffnen,

für eine stärkere Individualisierung des Unterrichts, also entlang individueller Stärken und Schwächen der einzelnen Schülerinnen und Schüler, zu nutzen. Damit wollen wir sicherstellen, dass alle Talente gefördert werden und kein Kind zurückgelassen wird.

Der flächendeckende Zugang zu schnellem Internet ist im digitalen Zeitalter einerseits eine Bedingung für Chancengerechtigkeit, andererseits die Voraussetzung dafür, dass der Wirtschaftsstandort Deutschland weiterhin international konkurrenzfähig bleibt. Trotz wiederholter Versprechen der Bundesregierung ist beim Breitbandausbau in den vergangenen Jahren von Seiten des Bundes zu wenig passiert. Insbesondere Unternehmen abseits der großen Städte und periphere ländliche Regionen leiden unter dem wenig leistungsfähigen Datennetz und müssen dies mit hohem finanziellem Aufwand kompensieren. Wir fordern, dass sich alle maßgeblichen Akteure auf das Ziel verpflichten, jedes Haus im Land mit Glasfaserkabel an das Datennetz anzubinden. Dafür brauchen wir auch dringend eine Erhöhung der Aufgriffsschwelle im EU-Recht für die Förderung des Breitbandausbaus. Angesichts der rasanten technologischen Entwicklungen ist dies der einzige realistische Weg für eine nachhaltige Lösung. Gleichzeitig setzen wir uns für einen raschen Ausbau der mobilen Breitbandnetze (v.a. 5G) ein.

Wir Grüne wollen, dass sich die Menschen frei und sicher in den Datennetzen bewegen können. Das setzt voraus, dass sie selbst über den Umgang mit ihren Daten bestimmen können und dass sie nachvollziehen können, was mit ihren Daten passiert. Auch die Datensicherheit, also der Schutz vor Cyberkriminalität und der unbefugten Verwendung von Daten, muss gewährleistet sein. Ebenso der Schutz kritischer Infrastrukturen. Die Datensouveränität, also das Recht und die Möglichkeit, über die eigenen Daten und deren Verwendung bestimmen zu können, sollte deshalb gleichwertig neben Grundrechte wie die Unverletzlichkeit der Wohnung oder das Brief- und Fernmeldegeheimnis treten. Die gerade in Kraft getretene Datenschutzgrundverordnung sehen wir als wichtigen Schritt auf diesem Weg. Wir wollen die Datenschutzaufsicht personell und finanziell gut ausstatten, damit sie ihr Kontrollfunktion auch wirksam ausüben kann. Für die Bekämpfung von Computerkriminalität fordern wir noch mehr Sachkompetenz bei Polizei und Justiz, insbesondere mehr IT-Spezialist*innen für Cybercrime-Delikte und die notwendige technische Ausstattung.

Mit zeitgemäßen Open-Data-Regeln und einem Bekenntnis zum Open Government werden nicht nur Bürokratie abgebaut und der Datenbestand der öffentlichen Hand – soweit es sich nicht um persönliche und sensible Daten handelt – für soziale, wissenschaftliche und wirtschaftliche Zwecke genutzt. Mehr Offenheit und gleiche Augenhöhe ermöglichen mehr Mitwirkung der Bürger*innen, ihr Vertrauen in die staatlichen und öffentlichen Institutionen wird gestärkt. Neben dem politischen Willen braucht es auch technische Innovation, um die Verwaltung in das digitale Zeitalter zu führen. „Digital by default“ sollte die Leitlinie einer bürger*innenfreundlichen Verwaltung sein, die bundesweit muss es die Verständigung auf gemeinsame Normen und einheitliche Schnittstellen geben, damit es keinen Flickenteppich aus Insellösungen gibt.

Durch Nutzung von Daten, bessere Information und intelligente Steuerung bietet die Digitalisierung große Chancen, um schonender mit unseren Ressourcen umzugehen. Effizienter Umgang mit Energie und Rohstoffen ist gut für die Umwelt und das Klima und kann die Kosten senken. In der Mobilitätspolitik bietet sich die Möglichkeit, die einzelnen Verkehrsmittel besser zu vernetzen und so in Sachen Fahrdauer, Komfort und Schadstoffausstoß bessere Angebote zu machen. Gerade der öffentliche Verkehr kann profitieren, wenn verschiedene Anbieter sich besser aufeinander abstimmen und das Prinzip „eine Fahrt, eine Fahrkarte“ gilt, die dann auch noch mit wenigen Klicks

gekauft werden kann – inklusive Nutzung von Carsharing und Leihrad. Intelligente Messsysteme und Netze helfen bei der Energiewende und der Netzintegration der Erneuerbaren Energien. Dezentrale Erzeugung, Speicherung und Nutzung der Energie können besser aufeinander abgestimmt werden, Verschwendung von Energie vermieden werden. Dabei ist die IT-Branche selbst in der Pflicht, bei der Herstellung und beim Betrieb ihrer Geräte und Anlagen auf den sparsamen Einsatz von Energie und Rohstoffen zu achten. Der Umwelt hilft die Digitalisierung nur dann, wenn unter dem Strich weniger Energie und Rohstoffe verbraucht werden. Selbstverständlich gelten auch hier die Prinzipien des Datenschutzes, insbesondere mit Blick auf personenbezogene Daten.

Ob wir die Chancen der Digitalisierung nutzen können, damit sie das Leben aller Menschen verbessern und unsere Gesellschaft voranbringen, hängt von den richtigen politischen Weichenstellungen ab. Für eine erfolgreiche Entwicklung ist es aber vor allem entscheidend, die Bürgerinnen und Bürger zu gewinnen: sich ihren Fragen zu stellen, ihrer Skepsis Raum zu bieten und sie zu unterstützen, mit den Möglichkeiten der digitalen Gesellschaft souverän und selbstbestimmt umzugehen.